

Freies Wort

SUHL / ZELLA-MEHLIS

60. Jahrgang / Nummer 220

Dienstag, 20. September 2011

www.insüdthüringen.de / Preis 1,00 Euro



Suhl-Nord

B-Plan aufgehoben

Da die Realität die einstigen Wohnungsbaupläne für den hinteren Bereich von Suhl-Nord längst ad absurdum geführt hat, wurde durch den Stadtrat der B-Plan für das Areal aufgehoben. Damit ist eine weitere Weiche in Richtung Gewerbegebiet gestellt worden. **Seite 7**

Suhl

Provinzschrei Nach-Lese



Von amüsant bis nachdenklich – das Provinzschrei-Wochenende bot anspruchsvolle Veranstaltungen und zum Abschluss ein Interview mit Thomas Thieme (Foto). **Seite 11**

Zella-Mehlis

Jüdische Wurzeln gesucht



Monica Trollsås aus Schweden suchte jetzt in der Ruppbergstadt nach ihren Wurzeln. Der wahrscheinlich letzte Jude von Zella-Mehlis war Monicas Großvater. **Seite 13**

Thüringen und Deutschland

Zur Weihnachtszeit

Die Theater in Thüringen bringen ihre Kinderstücke meist zu Weihnachten auf den Spielplan. Engagierte Theatermacher plädieren für weniger weiße Flecken auf der Karte der Kinder-Inszenierungen. Denn Kinder und Jugendliche sind ein anspruchsvolles Publikum. **Seite 3**

Dies und Das

Haft für U-Bahn-Schläger



Der brutale Schläger vom Berliner U-Bahnhof Friedrichstraße ist vom Landgericht zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren und zehn Monate verurteilt worden. **Seite 6**

Sport

HSV feuert Oenning



Der Hamburger SV hat Trainer Michael Oenning entlassen. Entgegen aller Treueschwüre sahen sich die Verantwortlichen des Schlusslichts zum Handeln gezwungen. **Seite 19**

Flora und Fauna

Der eifersüchtige Hund

Bekommt eine Familie Nachwuchs, ist der Hund oft abgemeldet. Damit der bisherige Mitelpunkt nicht eifersüchtig aufs Baby wird, sollten Halter ihn früh an die Veränderungen gewöhnen. Und das Mitlaufen neben dem Kinderwagen mit ihm trainieren. **Seite 24**

Das Wetter

heute	morgen	übermorgen
Temp. max. 19°C Temp. min. 9°C	Temp. max. 21°C Temp. min. 10°C	Temp. max. 19°C Temp. min. 6°C

Die FDP geht langsam ein – egal, Hauptsache es gibt Sonnenschein.

Leserservice

Freies Wort
Anschrift Schützenstr. 2, 98527 Suhl
Private Kleinanzeigen 0180/369 54 60*
*0,09 €/Min. aus dem Festnetz, Mobilfunk max. 0,42 €/Min.

Service
(Abo, Zustellung) **0180/369 54 50***



FDP-Chef Philipp Rösler räumt Fehler ein. „Wir müssen erkennen, dass wir die Menschen mit unseren Botschaften nicht erreichen.“ Foto: dpa

Rösler sieht die FDP in ihrer schwersten Krise

Die FDP macht sich keine Illusionen: Philipp Rösler sieht seine Partei nach der vernichtenden Berlin-Niederlage im Überlebenskampf. In der Regierung wollen die Liberalen dennoch verlässlich bleiben.

Berlin – FDP-Chef Philipp Rösler sieht seine Partei nach dem Berlin-Desaster in der schwersten Krise ihrer Geschichte. „Es ist unbestritten vielleicht die schwierigste Situation für die FDP seit ihrem Bestehen“, sagte der Wirtschaftsminister gestern in Berlin. Rösler sprach vom „schwersten Wahlabend“, seit er FDP-Mitglied sei.

Präsidium und Vorstand stellten sich einstimmig hinter Röslers umstrittene Aussagen über eine mögliche Insolvenz Griechenlands. Die FDP war in Berlin mit nur 1,8 Prozent aus dem Abgeordnetenhaus geflogen und ist nur noch in elf von 16 Landtagen vertreten. Rösler verteidigte seinen Europa-Kurs und betonte, die Liberalen stünden zu ihrer Regierungsverantwortung im Bund. „Der Geist ist klar formuliert: pro-europäisch mit der notwendigen wirtschaftspolitischen Vernunft.“

Sorgen vor einem Koalitionsbruch oder

dem Abdriften der FDP in Richtung Rechtspopulismus wies er zurück. „Jeder, der eine andere Partei haben will, wird auf den erbitterten Widerstand des Parteivorsitzenden treffen.“ Die FDP liefere keine „platten Antworten“.

Rösler kritisierte den Wahlkampf der Berliner FDP, die im Schlussspurt auf Euro-kritische Töne gesetzt hatte. Man dürfe das Thema eben nicht überdrehen, mahnte der Parteichef. Der Berliner Spitzenkandidat Christoph Meyer räumte ein, dass in den letzten 24 Stunden des Wahlkampfes das Thema zu sehr zugespitzt worden sei.

Rösler betonte, man wolle nun „neue Bürgerliche“ gewinnen. Für eine liberale Partei gebe es erhebliches Potenzial. Er nannte Selbstständige, junge Firmengründer, Familien und Ingenieure. Rösler räumte Fehler der Partei ein. „Wir müssen erkennen, dass wir die Menschen mit unseren Botschaften – Stand heute – nicht erreichen.“

Die Parteispitze griff die „Euro-Rebellen“ in der FDP an, die den dauerhaften Rettungsschirm ESM mit einem Mitgliederentscheid stoppen wollen. Rösler sagte, er habe bislang noch keine einzige Unterschrift unter dem Antrag gesehen. „Aus unserer Sicht stehen dort nur Dinge drin, die sagen, was man nicht will.“

Als Parteivorsitzender sei ihm das zu wenig. „Eine Partei in Regierungsverantwortung, mit einem Regierungsanspruch kann nicht nur sagen, was sie nicht will, sondern

sie soll schon sagen, wohin die Reise gehen soll“, sagte Rösler.

Der Wortführer der Kritiker, der Abgeordnete Frank Schäffler, warnte wiederum die Parteispitze vor einem Einknicken gegenüber der Union.

Der nordrhein-westfälische Landeschef Daniel Bahr erklärte: „Wir machen uns Gedanken, wie wir den Euro stützen. Ich sehe gar keinen Anlass, dass die FDP hier ihren Kurs verändern muss.“ Er halte überhaupt nichts von Planspielen, die Koalition mit der Union scheitern zu lassen. Schwarz-Gelb habe noch zwei Jahre vor sich. „Es ist gerade mal Halbzeit. Man kann, das wissen wir aus dem Fußball, auch in der zweiten Halbzeit noch ein Spiel drehen“, meinte Bahr.

Der hessische FDP-Landeschef Jörg-Uwe Hahn gab sich kämpferisch: „Die FDP wird überleben.“ Beim Euro verlangte er mehr Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU).

Der schleswig-holsteinische FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki und Vize-Parteichef Holger Zastrow forderten klare Kante. „Wir müssen den Markenkern der FDP wieder aufpolieren“, sagte Kubicki. Zastrow pochte auf Steuersenkungen zum 1. Januar 2013.

Der Vorsitzende der FDP im Europaparlament, Alexander Graf Lambsdorff, distanzierte sich von Europa-Vorbehalten in seiner Partei. „Die FDP bleibt eine pro-europäische Partei.“ dpa **Seiten 2, 4 und 5**

Linke: Vielen Beratungsstellen der Rentenkasse droht das Aus

Erfurt – In Thüringen droht nach Informationen der Linken im Landtag mehr als einem Drittel der gut 20 Rentenberatungsstellen die Schließung. Die Deutsche Rentenversicherung (DRV) plane unter anderem das Aus für die Beratungsstellen Gotha, Ilmenau, Greiz, Mühlhausen, Jena und Neustadt/Orla, erklärte Margit Jung, seniorenpolitische Sprecherin der Fraktion, gestern in Erfurt unter Berufung auf ein ihr vorliegendes Konzept.

Den Kürzungen in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt sollten bis zu 23 Standorte zum Opfer fallen. „Davon wären Millionen Versicherte und Rentner betroffen.“ Vor allem für ältere Menschen wären die Auskunfts- und Beratungsstellen dann nicht mehr erreichbar, kritisierte Jung.

DRV-Sprecherin Ursula Wächter hatte bereits am Freitag erklärt, es gebe ein Konzept. Mit einer Entscheidung werde aber frühestens am 23. September auf einer Sitzung des Vorstandes gerechnet. Hintergrund sei, dass unter anderem der Bundesrechnungshof gerügt habe, dass es bundesweit zu viele Beratungsstellen gebe.

Linke-Politikerin Jung hält die Begründung für Schließungen für fragwürdig. Gerade in den neuen Bundesländern seien die Beratungsstellen von enormer Bedeutung. „Hier werden über 80 Prozent der Anträge entgegengenommen.“ Dies sei auch darauf zurückzuführen, dass vielfältige DDR-Bestimmungen oder ungeklärte Versicherungskonten zu beachten seien. dpa

Norwegen-Attentäter bleibt weiter in U-Haft

Oslo – Der mutmaßliche norwegische Massenmörder Anders Behring Breivik bleibt nach seinen zwei Anschlägen für weitere acht Wochen in Untersuchungshaft und strenger Isolation. Die zuständige Haftrichterin Anne Margrethe Lund entsprach gestern mit ihrer Entscheidung in Oslo dem Antrag der Staatsanwaltschaft. Die erneut verhängte Einzelhaft mit Kontaktsperre gilt für die kommenden vier Wochen.

Der rechtsradikale Islamhasser hatte am 22. Juli zunächst eine Bombe im Osloer Regierungsviertel detonieren lassen. Dabei starben acht Menschen. Danach tötete der 32-Jährige auf der kleinen Insel Utoya 69 Teilnehmer eines sozialdemokratischen Jugend-Sommerlagers.

Breivik las nach Gerichtsangaben während der Verhandlung den Beginn einer schriftlichen Erklärung vor. Die Richterin unterbrach dies aber. Zum Inhalt sagte Breiviks Anwältin Mette Yvonne Larsen: „Er hat Dinge gesagt, die es nicht verdienen, ans Tageslicht gebracht zu werden.“

Koalition vertagt Pflegereform

Berlin – Die Koalition ist für eine Pflegereform in zentralen Finanzierungsfragen zu zerstritten. Anders als mehrfach angekündigt will Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) nun doch nicht bis Freitag Eckpunkte vorlegen. Die Koalitionspartner machten sich gegenseitig zumindest mitverantwortlich für die abermalige Vertagung. Verbände und Opposition protestieren heftig.

Während CDU und FDP mehr Leistungen für Demenzerkrankte in der Pflegeversicherung verankern wollen, will die CSU neue steuerfinanzierte Leistungen. Dies stößt bei CDU und FDP auf Widerstand. dpa

Zollitsch erwartet keine Sensationen vom Papst

Berlin – Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, hat vor dem Deutschlandbesuch des Papstes die Erwartungen deutlicher Fortschritte in der Ökumene gedämpft. Das „große Zeichen“ werde sein, dass Benedikt XVI. in Thüringen mit Vertretern der evangelischen Kirche zusammenkommen werde, sagte Erzbischof Zollitsch gestern. dpa

Tigerente erschreckt Augsburg



Die Tigerente, „Kleiner Tiger“ und „Kleiner Bär“ auf dem Weg ins schöne Panama. Dass sie nach Augsburg wollten, davon steht in Janoschs Geschichten nichts.

Raubkatzen momentan im 35 Kilometer entfernten Dinkelscherben gastiert. Aber nirgendwo fehlte ein Tier. „Wir waren gerade mit den Hunden spazieren und da rief die Polizei an. Die sagten mir, dass ein Tiger

frei in Augsburg herumlaufe“, berichtete Wallisers Partner Jan. „Unsere elf Tiger waren aber alle noch da.“

Als die Polizei schließlich die drei Telefonnummern der Anrufer, die den Tiger gesichtet hatten, zurückrief, entpuppte sich das Ganze als Ente. Ein Jugendlicher habe abgehoben und zugegeben, dass er und seine Freunde sich einen Spaß erlaubt hatten, sagte ein Polizeisprecher.

Ob die drei Jugendlichen in ihrer Kindheit eine Überdosis Janosch bekommen haben oder einfach nur grenzenlose Blödsinn Anlass für ihren schlechten Scherz war, blieb gestern offen. Jedenfalls müssen sie mit einer Anzeige wegen des Missbrauchs von Notrufen rechnen. Sollte die Strafe dafür irgendetwas mit Panama zu tun haben, dann allenfalls Arbeitsstunden beim Ausheben eines breiteren Kanals. Und das ist bestimmt nicht schön. dpa/vk